

Antragstext

1 Lebenswertes und bezahlbares Wohnen in Köln

2 Grüne Lösungsansätze für die Stadt der Zukunft

3 1. Einleitung

4 Wir Grüne sind nicht nur die Partei des Klimaschutzes, wir wollen uns auch aktiv
5 dem Wohnungsnotstand in unserer Stadt entgegen stellen. Viele Menschen leiden
6 unter exzessiven Mietsteigerungen und werden deshalb aus unserer Stadt oder
7 ihren Quartieren verdrängt. Das ist vor allem Resultat einer neoliberalen
8 Politik, die glaubte, den Wohnungsmarkt dem freien Spiel der Wirtschaft
9 überlassen zu können. Auch einer von wirtschaftlichen Interessen gesteuerten
10 Gentrifizierung wollen wir entgegenwirken. Niemand sollte mehr als ein Drittel
11 seiner Einkünfte für die Kosten einer angemessenen Unterkunft aufwenden müssen
12 und erst recht niemand ohne einen festen Wohnsitz leben müssen. Deshalb fordern
13 wir ein Grundrecht auf bezahlbares Wohnen für Alle!

14 Dabei haben wir auf ganz Deutschland bezogen im Grunde genommen keinen Mangel an
15 Wohnraum, sondern eine unpassende Verteilung. Während manche sehr große
16 Wohnungen haben, müssen andere - vor allem Menschen mit geringem Einkommen und
17 Familien - oft auf engem Raum zusammenleben. Und während wir in
18 strukturschwachen Regionen eine Entvölkerung erleben, müssen Metropolen wie Köln
19 die Herausforderung von kontinuierlichem Zuzug meistern. Eines der wichtigsten
20 Ziele muss deshalb eine Angleichung der Lebensverhältnisse in unserem Land sein
21 sowie zwischen Großstädten und ländlichem Raum.

22 Unser Ziel ist zugleich eine neue Wohnkultur, die auf Lebensqualität statt
23 Größe, auf Gemeinschaftsgefühl statt Vereinzelung und auf Innovation statt
24 Tradition setzt. Wenn ein Cambio-Wagen Ersatz für zehn Autos in Privatbesitz
25 sein kann, dann müssen wir dem Grundgedanken der Sharing Economy natürlich auch
26 auf dem Wohnungsmarkt zum Erfolg verhelfen.

27 Wohnungspolitische Diskussionen kranken oft an einem Mangel an Differenzierung.
28 Was für Köln richtig ist, muss schließlich nicht für Duisburg, Erfurt oder
29 Grevenbroich passen. Es gibt kein universelles Patentrezept, sondern einen
30 Koffer voll möglicher Werkzeuge, die sich gegenseitig beeinflussen und nicht
31 immer die gewünschte Wirkung haben. Wir GRÜNE wollen uns bei der Lösung des
32 Problems von Fakten leiten lassen und in keinen Wettbewerb um die populärste
33 Forderung eintreten. Die gravierenden Änderungen des Landesentwicklungsplan NRW
34 durch die schwarz-gelbe Regierung können mehr Schaden anrichten als nützen.

35 Eine Bauförderung mit der Gießkanne ist nicht die Lösung. Ja, wir müssen mehr
36 bauen, aber wir müssen gemeinwohlorientiert, sozial, ökologisch und klimagerecht
37 bauen. Statt immer mehr Flächen zu versiegeln, sollten wir vor allem Bauland
38 effektiver nutzen und die Zweckentfremdung von Wohnraum unterbinden. Eine
39 Bebauung von Grün- und Naherholungsflächen in Köln lehnen wir strikt ab! Denn
40 was nützt bezahlbarer Wohnraum in einer nicht mehr lebenswerten Stadt?

Für eine erfolgreiche Wohnungspolitik müssen wir strategisch und mit allen relevanten Akteur*innen gemeinsam planen. Wir sehen Architekt*innen, Bauunternehmen und Vermieter*innen nicht als Gegner*innen, sondern Partner*innen bei der notwendigen integrierten Quartiers- und Sozialraumplanung, deren Sichtweisen wir ernst nehmen und deren Erfahrung wir nutzen wollen.

Wir GRÜNE wollen die Partei des "Yes, we can" und kreativer Lösungsansätze sein und nicht des Status quo und der Besitzstandswahrung. Ein lebenswertes Köln muss ausreichenden bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum nicht nur für hier Lebende, sondern auch z.B. für die tausenden jedes Jahr neu zu uns kommenden Studierenden bieten. Dazu brauchen wir einen auf allen Ebenen aktiveren Staat, mehr finanzielle Mittel, konsequentes und schnelles Verwaltungshandeln, neue innovative Wohnformen und eine Besinnung auf unser Gemeinschaftsgefühl.

2. Strategisch planen

Erfolgreiche Wohnungspolitik erfordert mehr staatliche und städtische Ressourcen sowie integrierte Konzepte, die neben Wohnraum auch kurze Wege zum Arbeitsplatz, zu Schulen, Kitas und Einkaufsmöglichkeiten, zu ärztlicher Versorgung sowie Begegnungsräumen einplanen. Wir brauchen eine zeitgleiche ÖPNV-Anbindung bzw. Kapazitätserhöhung und nachhaltige Lösungsansätze zusammen mit den Kölner Umlandgemeinden, um diese deutlich besser infrastrukturell zu vernetzen.

Unser Ziel ist, für sozialen Frieden und eine bunte Mischung in unserer Stadt zu sorgen. Dazu wollen wir u.a. den Anteil öffentlich-geförderter und langfristig gemeinwohl-orientierter Wohnungen erhöhen. Um Spekulation einzudämmen, wollen wir das Vorkaufs- und Wiederkaufsrecht der Stadt ausweiten und kompromisslos durchsetzen, wenn private Käufer*innen den Erhalt des Mietniveaus nicht vertraglich zusichern. Auch eine Vergesellschaftung mit Entschädigung entsprechend der Grundgesetzlichen Regelungen kann ein wirksames Instrument sein. Durch die Verpachtung im Rahmen von zeitlich befristeten Erbbaurechten kann neuer Wohnraum nach städtischen Vorstellungen und Bedarfen geschaffen werden, ohne dass die Stadt ihr Eigentum an städtischen Grundstücken verliert.

Gerade für Menschen in akuten Notlagen, wie Wohnungslose und Geflüchtete, aber auch für Azubis, Rentner*innen, kinderreiche Familien, Menschen mit Behinderung oder Grundsicherungsempfänger*innen muss dringend mehr bezahlbarer Wohnraum bereitgestellt werden. In diesem Zusammenhang müssen wir die bestehenden Strukturen und Grundsätze auf den Prüfstand stellen. Eine zusätzliche, nicht-profitorientierte städtische Planungs- und/oder Wohnungsbaugesellschaft soll sich in Zukunft um spezielle Projekte mit kleinteiligen, schnell umzusetzenden Konzepten mit hohem Anteil sozial gefördertem Wohnraum kümmern. Und wenn wir die Preisspirale auf dem Kölner Wohnungsmarkt effektiv eindämmen wollen, sollten wir darauf drängen, städtische Grundstücke nur noch an Gesellschaften in öffentlicher Trägerschaft, gemeinwohlorientierte Genossenschaften und Wohngruppen zu vergeben!

3. Mietpreise stabilisieren

Wir benötigen mehr niedrigpreisigen und preisgedämpften Wohnraum in Köln. Vorrangiges Ziel ist deshalb, ab der kommenden Wahlperiode jährlich mehr sozialgebundene Wohnungen zu bauen als aus der Sozialbindung herausfallen. Dafür streben wir eine Weiterentwicklung des "Kooperativen Baulandmodells" an, mit 40% sozialgebundenem und 30% preisgedämpftem Wohnraum sowie einer Sozialbindung über

88 die derzeitige gesetzliche Mindestdauer hinaus. Darüber hinaus fordern wir auf
89 Bundesebene die Einführung einer neuen Wohngemeinnützigkeit, die eine
90 unbefristete Sozialbindung ermöglicht.

91 Wir brauchen überall verbindliche und rechtssichere Mietspiegel, die die
92 vergangenen 10 Jahre und auch Bestandsmieten berücksichtigen, um ein reales Bild
93 der Mieten im jeweiligen Stadtteil abzubilden. Auch eine funktionierende, auf
94 Dauer angelegte Mietpreisbremse ohne Schlupflöcher halten wir für dringend
95 notwendig, um das Mietniveau zu stabilisieren. Insbesondere den Mietwucher bei
96 möblierter Vermietung wollen wir eindämmen. Wir wollen Großstädte in die Lage
97 versetzen, darüber hinaus effektive lokale Mietdeckel für Neubauten zu
98 beschließen und Preiserhöhungen über der Inflationsrate in bestehenden Verträgen
99 zu unterbinden. In diesem Zusammenhang wollen wir auch prüfen, inwiefern das
100 Schweizer Modell einer allgemein verbindlichen "Kostenmiete" auf Deutschland
101 übertragbar ist. Dann würde die Miethöhe bei Neubauten nachvollziehbar aus den
102 realen Finanzierungs- und Verwaltungskosten zuzüglich eines moderaten, z.B. am
103 Zinsniveau oder der Lohnentwicklung orientierten Renditeaufschlages ermittelt
104 und festgelegt.

105 Im Kampf gegen Luxussanierung und Spekulation stehen wir an der Seite der
106 Mieter*innen. Dafür werden wir in Köln das Instrument der sozialen
107 Erhaltungssatzung (Milieuschutz) häufiger und frühzeitiger anwenden. Bei
108 Wohnungsmodernisierungen wollen wir darüber hinaus das Mitbestimmungsrecht der
109 Mieter*innen stärken und die Umlagemöglichkeit der Sanierungskosten verringern
110 sowie zeitlich strecken, um unangemessene Härten zu vermeiden. Außerdem wollen
111 wir die bundesgesetzlichen Grundlagen schaffen, damit es im Rahmen eines
112 Wohnungstausches - bei gewahrter Bonität - keine Mieterhöhung für die jeweilige
113 Wohnung geben darf.

114 Zudem muss das Wohngeld so erhöht werden, dass ein Abrutschen in den
115 Grundsicherungsbezug vermieden wird.

116 4. Lebenswert wohnen

117 Wir Kölner*innen brauchen unkommerzielle Freiräume für lebendige (Sub-)Kultur
118 statt steriler Quartiere aus Glas und Stahl. Räume für alternative Clubs und
119 Initiativen wie z.B. das Autonome Zentrum müssen daher erhalten bleiben und
120 gefördert werden.

121 Grünflächen bedeuten Lebensqualität und Räume für Mensch und Tier. Wir fordern
122 daher, neue Grünflächen in Köln zu schaffen und bestehende zu erhalten.
123 Förderkonzepte der Stadt Köln wie „Grün hoch 3“ sind ein guter Anfang zur
124 Stadtbegrünung, müssen aber stärker öffentlich beworben und ausgebaut werden;
125 zudem muss die Stadt Köln aktiv Raum für innovative Konzepte wie Urban Gardening
126 und Urban Farming schaffen, damit diese ein fester Bestandteil jedes Veedels
127 werden.

128 Extreme Hitzesommer werden die Regel, daher müssen Betonwüsten durch mehr
129 Wasserflächen, pflegeleichte Dach-, Fassaden- und Flächenbegrünung aufgebrochen
130 werden. Die daraus resultierende Beschattung und Verdunstungskühle machen das
131 Leben in der Stadt erträglicher. Folglich ist auch ordnungsrechtlich dagegen
132 vorzugehen, wenn Flächen, die laut Baugenehmigung als Grünflächen ausgewiesen
133 sind, durch Pflasterung oder Schotter verschlossen werden.

134 Bestehende Freiluftschnitten müssen gewahrt und neue geschaffen werden; die
135 Verwendung wärmeabstrahlender Baumaterialien ist eine weitere notwendige
136 Maßnahme, um Hitzesommer für Kölner erträglicher zu machen. Die begonnene
137 Installation von Trinkwasserbrunnen in Köln wollen wir flächendeckend
138 fortsetzen.

139 Zum lebenswerten Wohnen gehört in heutigen Zeiten auch digitale Infrastruktur.
140 Wir fordern eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet in ganz Köln!

141 5. Flächen besser nutzen

142 Unser Ziel ist es, unnötige Versiegelung zu vermeiden, denn die Flächen in Köln
143 sind endlich und der Kurs des unbegrenzten Wachstums der Stadt kann kein
144 Zukunftsmodell sein. Um mittelfristig eine Netto-Null-Flächenneuversiegelung auf
145 das ganze Land NRW bezogen zu erreichen, streben wir ein sozial gerecht
146 gestaltetes, interkommunales Ausgleichsmodell an. Deshalb setzen wir auch
147 vorrangig auf Nachverdichtung (z.B. Baulückenschließung/Dachgeschossausbau)
148 sowie Wohnungsbau auf bereits versiegelten Flächen wie Bahnbögen und ehemaligen
149 Industriegeländen. Für die Aufstockung existierender Wohnhäuser haben wir auf
150 Bundesebene bereits ein Förderprogramm vorgeschlagen. Wir wollen ungenutzten
151 Wohnraum effektiver nutzen, indem wir Anreize für Untervermietung an
152 Wohnungssuchende schaffen. Das Überbauen von Parkplätzen, Straßen, Gleisen oder
153 auch freistehenden Autohäusern und Supermärkten bietet weitere Potenziale, die
154 wir in Köln dringend nutzen sollten.

155 Ob kleinere Wohneinheiten oder Tiny Houses an besonderen Standorten, in einer
156 wachsenden Großstadt wie Köln ist "Downsizing" das Gebot der Stunde. Deshalb
157 wollen wir innovative Wohnformen wie Rentner*innen-WGs sowie gemeinschaftliche
158 Nutzungskonzepte fördern. Dazu müssen Wohnkomplexe auch baulich flexibler
159 angelegt werden, um flächeneffektive Nutzungsänderungen zu ermöglichen.

160 Wir wollen existierende Höhenbegrenzungen auf den Prüfstand stellen und brauchen
161 dafür eine höhere differenzierte Mindesttraufhöhe für Neubauten! Bei
162 Bebauungsplänen in Köln werden wir auf absehbare Zeit dem Bau neuer Einfamilien-
163 (Reihen-)Häuser aufgrund ineffizienter Flächennutzung nicht mehr zustimmen.
164 Unter strengen ökologischen Auflagen und nach sorgfältiger Prüfung der
165 klimatischen Auswirkungen, wollen wir dem Bau neuer Hochhäuser dagegen nicht
166 grundsätzlich im Wege stehen. Hierbei gilt es, die Fehler der Vergangenheit zu
167 vermeiden und sozialverträgliche Konzepte mit Mischnutzung zu entwickeln.

168 6. Flächen umverteilen

169 Der begrenzte Platz innerhalb der Stadt muss vorrangig für Wohnraum genutzt
170 werden, wo immer möglich durch gewerbliche Erdgeschoss-Nutzungen ergänzt, da uns
171 wohnortnahe Jobs wichtig sind und gemischte Quartiere die Lebensqualität
172 erhöhen. Der Flächenbedarf für Parkplätze und den motorisierten
173 Individualverkehr gehört dringend auf den Prüfstand. So ist z.B. die
174 Stellplatzordnung großzügiger zu Gunsten von mehr Wohnraum anzuwenden, damit die
175 Schaffung von mehr Wohnungen oder Wohneinheiten nicht am Mangel an Parkplätzen
176 scheitert.

177 Wir wollen konsequenter gegen gewerbliche Zweckentfremdung von Wohnraum vorgehen
178 und die Verwaltung in die Lage versetzen, Verstöße mit ausreichend Personal
179 effizient zu verfolgen und auch rückwirkend zu ahnden. Dabei ist der durch die
180 Wohnraumschutzsatzung mögliche Strafraum konsequent anzuwenden. Dies gilt

181 insbesondere für die dauerhafte Zweckentfremdung als Ferienwohnung z.B. über
182 Airbnb. Daher wollen wir auf die Landesregierung einwirken, die gesetzlichen
183 Voraussetzungen für eine Registrierungspflicht und deutlich höhere
184 Strafzahlungen in Wohnraumschutzsatzungen zu schaffen.

185 Um den knappen Wohnraum optimal zu nutzen, muss die Stadt sich stärker bemühen,
186 Wohnraumtausch zu fördern und attraktiver zu machen, so dass z.B. wachsende
187 Familien ihre zu eng werdenden Wohnungen mit älteren Personen, die mittlerweile
188 allein in größeren Wohneinheiten leben, tauschen können. Zudem sollen vorhandene
189 sozialgebundene Wohnungen von den Menschen genutzt werden, die wirklich darauf
190 angewiesen sind. Deshalb fordern wir die Wiedereinführung einer möglichst
191 unbürokratischen Fehlbelegungsabgabe.

192 7. Gemeinwohlorientiert bauen

193 Wir setzen uns für eine Wohnungsbaupolitik ein, die das Gemeinwohl an erster
194 Stelle sieht und nicht die Größe des Geldbeutels! Wir wollen daher die
195 Orientierung am Gemeinwohl zum unverhandelbaren Vergabekriterium für neues
196 Bauland machen. Darüber hinaus wollen wir Wohnungsgenossenschaften und andere
197 gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen steuerlich fördern, wenn diese sich
198 zur Einhaltung sozialer Mindestkriterien verpflichten. So soll dafür gesorgt
199 werden, dass langfristig 50% der Neubauten durch die Stadt, Genossenschaften
200 oder andere gemeinwohlorientierte Gesellschaften geschaffen werden.

201 Bei Neubauten unterstützen wir gemeinschaftliche, gemischte und integrative
202 Wohnformen (z.B. Mehrgenerationenhäuser und Wohngruppen) weiterhin durch die
203 bevorzugte Vergabe von Grundstücken, Beratung und Fördermitteln! Dafür wollen
204 wir Experimentierräume schaffen. Zudem ist bei Neu- und Umbauten stets auf
205 Barrierefreiheit und Altersgerechtigkeit der Wohnungen zu achten.

206 Gemeinwohlorientiertes Bauen heißt auch nachhaltiges Bauen: weg vom Betongold
207 hin zu klimaschonenden Bauweisen und erneuerbaren Ressourcen! Mit dem Einsatz
208 von innovativen, nachhaltigen Baustoffen und Bauteilen (insbesondere Holz, u.a.
209 auch Lehm, etc) können wir die CO₂-Belastung deutlich senken. So wird auch der
210 Lebenszyklus eines Gebäudes verlängert und sichergestellt, dass im Falle eines
211 Rückbaus die verwendeten Materialien eine Wiederverwertung erfahren. Des
212 Weiteren soll durch energieeffiziente Architektur, geeignete Dämmung und
213 nachhaltige Heiztechnologien der Gesamtenergiebedarf minimiert, und so die
214 verursachten Heiz- und Stromkosten gesenkt werden.

215 Wir setzen uns für eine Förderung von Plus-Energiegebäuden ein. Dabei sollte die
216 Energiegewinnung, zum Beispiel durch Photovoltaik, durch die Bewohner*innen
217 gemeinschaftlich organisiert werden. Dies senkt die Nebenkosten. Das gilt auch
218 für die verstärkte Nutzung von Regenwasser, mit der Ressourcen geschont und
219 Kosten gesenkt werden können. Langfristig streben wir die autonome Versorgung
220 von Wohnungen und Häusern an. Städtische Gebäude sollen hier voran gehen.

221 8. Mehr Wohnraum schaffen

222 Mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen ist ein zentrales Ziel grüner
223 Stadtplanung. Deshalb können wir auf den Neubau von Wohnhäusern nicht verzichten
224 und müssen hierfür auch in ausreichendem Maße neue Bauflächen ausweisen, soweit
225 dies naturschutz- und klimapolitisch vertretbar ist. Die Konzeption völlig neuer
226 Wohngebiete oder sogar Stadtteile auf zuvor gewerblich genutzten Flächen kann

227 notwendig sein, um den kontinuierlichen Zuzug nach Köln aufzufangen. Dabei sind
228 die für unsere Stadt notwendigen Frischluftschneisen zu beachten!

229 Wir müssen auch das Tempo erhöhen, indem wir Vergabe- und Planungsverfahren
230 durch weitestgehende Digitalisierung und Parallelisierung straffen, sowie die
231 zuständigen Behörden mit ausreichend qualifiziertem Personal ausstatten. Die
232 Stadt soll zudem im Interesse einer Beschleunigung ihre Ermessensspielräume bei
233 der Auslegung einzelner Bauvorschriften nutzen. Dem bestehenden Mangel an
234 Kapazitäten und Fachkräften in der Bauindustrie wollen wir durch
235 Fördermaßnahmen, Umschulungen und einer engen Kooperation mit IHK, JobCenter,
236 Handwerkskammern und Bauunternehmen entgegen wirken. Eine modulare Bauweise
237 sollte bei der Planung von Bauprojekten als beschleunigender und kostensenkender
238 Faktor vermehrt berücksichtigt werden.

239 Eigentum verpflichtet, das gilt auch für ausgewiesene Wohnungsbauflächen.
240 Untätige Grundstücksbesitzer*innen müssen konsequent über Bußgelder zur zügigen
241 Einhaltung des Bebauungsplans gezwungen werden. Als letztes Mittel schließen wir
242 auch eine Rekommunalisierung nicht aus.

243 Im Rahmen einer reformierten Grundsteuer wollen wir Anreize zur maximalen
244 Flächenausnutzung schaffen. Die Umlagemöglichkeit der Grundsteuer auf nicht-
245 gewerbliche Mieten wollen wir abschaffen.

246 9. Wohnungssuchende & Mieter*innen stärken

247 Alle Menschen müssen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum haben. Der diskriminierenden
248 Auswahlpraxis durch manche Vermietende wollen wir ein Ende bereiten und das
249 Stellen unzulässig invasiver Fragen, wie z.B. nach der sexuellen Orientierung,
250 empfindlich sanktionieren. Hierfür soll die Stadt eine Clearingstelle
251 einrichten. Um auch besonders schwer vermittelbaren Wohnungssuchenden eine
252 Chance zu geben, muss die Stadt Köln im Wohnungsbestand Belegungsrechte
253 aufkaufen und sich bei Neubauprojekten vertraglich zusichern lassen. Bereits
254 obdachlosen Menschen wollen wir in Köln durch bedingungslose Bereitstellung von
255 Wohnraum ("Housing First") auf freiwilliger Basis zurück in ein menschenwürdiges
256 und selbstbestimmtes Leben verhelfen. Denn mit einem festen Wohnsitz können sie
257 ihre anderen Probleme besser angehen.

258 Eine Wohnung wird für viele auch zu einer "neuen Heimat". Deshalb brauchen wir
259 durchsetzungsfähige und stärker öffentlich geförderte Verbände zum
260 Mieter*innenschutz. Nebenkostenabrechnungen müssen transparenter werden und
261 Kündigungen schwerer, u.a. durch längere Fristen und die Möglichkeit, den
262 Verlust der Wohnung durch Nachzahlung der offenen Mieten zu verhindern. Das
263 Herausmobben durch vorgetäuschten Eigenbedarf und bewusst herbeigeführte
264 Verwahrlosung sollten wir mit empfindlichen Bußgeldern eindämmen.

265 Wir fordern, dass Mietende ein Vorkaufsrecht für ihre Wohnungen bekommen und
266 dazu mit staatlichen Beratungsangeboten unterstützt werden. Dabei wollen wir mit
267 zivilgesellschaftlichen Akteuren wie dem Miethäuser Syndikat kooperieren. So
268 halten wir auch Investor*innen fern, die nicht an einer sozialen und
269 ökologischen Stadtentwicklung interessiert sind.

270 10. Schlussbemerkungen

271 Nicht all diese Lösungsansätze werden in Köln entschieden. Einige wurden bereits
272 von engagierten GRÜNEN im Rat und in den Bezirksvertretungen auf den Weg

273 gebracht und können bei einem guten Kommunalwahlergebnis 2020 beschleunigt
274 werden. In NRW und im Bund braucht es dafür völlig andere Mehrheitsverhältnisse!

275 Mit diesem Positionspapier wollen wir einen Impuls für die wohnungspolitische
276 Diskussion in unserer gesamten Partei und unserer Stadt setzen. Wir laden dazu
277 alle im Bau- und Wohnungsbereich aktiven Unternehmen, Genossenschaften und
278 Verbände zu einem konstruktiven Dialog ein!

279 Antragsteller*innen: Marc Kersten, Heike Havermeier, Anna Kipp, Maximilian Ruta,
280 Pete Ruther, George Heidbrink sowie Roland Schwarz, Christian Cranz, Bert
281 Lahmann, Michael Kutzera, Luisa Schwab, Frank Hauser sowie Arndt Klocke, Sven
282 Lehmann und Frank Jablonski.